



Universitätsbibliothek Paderborn

Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen

Preußische Auskunftstelle für Schulwesen <Berlin>

**Berlin, Nachgewiesen 1921/22 - 1927/28(1930); damit Ersch.
eingest.**

Mitbenutzung der Schulräume zu anderen Zwecken

urn:nbn:de:hbz:466:1-30023

daß noch nachträglich aus staatlichen Mitteln ein weiterer Zuschuß für 1921/22 gewährt werden wird. Die Unterstützung seitens der städtischen Körperschaften ist unserer Schule die echteste Stütze geworden.“ (Priv. evangel. Lyzeum, Fulda.)

„Das Bild unseres Schullebens wäre unvollständig, wenn nicht einer Sache gedacht würde, die die Direktorin und den Aussichtsrat des Schulvereins das ganze Jahr hindurch beschäftigte. Am 19. April 1921 war durch Erlass des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister den privaten höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend eine Staatsbeihilfe in Aussicht gestellt worden. Voraussetzung dabei war die Beteiligung der betreffenden Gemeinde oder des Unterhaltungspflichtigen mindestens in der Höhe der Beteiligung des Staates. Diese Verpflichtung war seitens unseres Schulvereins übernommen worden; der Verpflichtungsschein wurde, notariell beglaubigt, an das Provinzial-Schulkollegium in Cassel eingeschickt. Zu unserem Befremden wurde trotzdem später die Zusage dahin abgeändert, daß auf die Beteiligung der Städte bei der Deckung der Fehlbeträge privater Lyzeen nicht verzichtet werden könne. Wie langjährige Erfahrung gezeigt, erscheint es aussichtslos, die Stadtverwaltung Frankfurt zu einer Beihilfe zu veranlassen. Aus eigenen Mitteln aber kann sich eine Privatschule auf die Dauer nicht halten. So sehen wir denn der Zukunft mit schweren Sorgen entgegen.“ (Privates Lyzeum und Oberlyzeum [Frauenschule] Schmidt, Frankfurt a. M.)

„Die äußersten Schwierigkeiten waren dieses Jahr größer als je, und wir sind Staat und Stadt dankbar, daß sie den Privatschulen ihr Fortbestehen ermöglichen, und hoffen, daß sich ihre Lage so gestalten wird, daß sie nicht mehr unter schweren wirtschaftlichen Sorgen zu leiden haben. Über die Schwelle der Schulzimmer sind aber die Sorgen des Alltagslebens nicht mitgegangen.“

Es war gerade in der Zeit der Not ein fröhlich Arbeiten, weil alle Lehrenden sich ihrer großen Aufgabe bewußt sind, die ihnen anvertrauten Kinder zu sittlich starken, ehr deutschen Mädchen und Müttern zu erziehen, die fähig sind, am Wiederaufbau Deutschlands zu helfen.

Möge allen die Kraft bleiben, in diesem Sinne weiterzuarbeiten!“ (Schuback-Schmidt-Lyzeum, Düsseldorf.)

Mitbenutzung der Schulräume zu anderen Zwecken. — Da die Schulräume nicht dauernd benutzt werden, sondern zu bestimmten Tageszeiten frei sind, sind die Leiter der öffentlichen Anstalten angewiesen worden, ihre Benutzung zu anderen Zwecken zu gestatten, soweit dadurch der Unterrichtsbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Vor allem handelte es sich um die Mitbenutzung der Turnhalle sowie der Aula, da es vielen Vereinen usw. schwer wurde, einen genügend großen Saal zu erhalten. Über das Ergebnis wird mehrfach berichtet:

„Entsprechend den Weisungen des Herrn Ministers wurden die Räume der Anstalt weitherzig für gemeinnützige Zwecke freigegeben: Die Aula für Konzerte und Vorträge, für Versammlungen, sowie für akademische Vorlesungen an zwei Tagen mit je zwei Stunden in der Woche. Sie dient hier als Auditorium maximum, da die Akademie einen gleich großen Hörsaal nicht besitzt; Unzuträglichkeiten haben sich aus der Benutzung nicht ergeben. Die Turnhalle wurde für die turnerischen Übungen der Studierenden der Bergakademie zur Verfügung gestellt, die übrigen Räume für die Übungen der Stenographenvereine und Sitzungen anderer Vereinigungen.“ (Staatliches Gymnasium, Clausthal.)

„In umfangreichem Maße wurden auch in diesem Jahre die Räume der Anstalt für Kurse der Volks- hochschule, der Junglehrerarbeitsgemeinschaften usw. in den Abendstunden hergegeben. Die Turnhalle wurde in den schulfreien Stunden bis zum späten Abend durch Vereine usw. benutzt, die Aula zu zahlreichen Veranstaltungen wissenschaftlicher, religiöser u. a. Art zur Verfügung gestellt. So bereitwillig sich auch die Schule in den Dienst der Allgemeinheit stellt, es ist leider nicht zu verkennen, daß sie an ihren besonderen Zwecken dadurch Schaden nimmt, daß ihre Lehrmittel starke Abnutzung erleiden, Reinigung usw. erschwert werden. Daher wäre eine Entlastung aufs dringendste zu wünschen.“ (Ludendorffschule, Städt. Realgymnasium, Düsseldorf.)

„Die Aula wird Vereinen für edle Veranstaltungen künstlerischen und wissenschaftlichen Charakters, nicht aber für gesellige, wirtschaftliche und politische Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Erlaubnis zur Benutzung der Aula für gottesdienstliche Zwecke der Schule wurde vom Magistrat abgelehnt.“ (Realgymnasium, Neheim.)

„Die Anstaltsaula war, wie auch früher, der städtische Konzert- und Theaterraum, nicht immer zum Nutzen des Unterrichtsbetriebes. Vor allem stellten sich durch die Mitbenutzung der physikalischen Sammlungs- räume als Nebenräume bei Aufführungen und der Turnhalle als Garderobenraum Schwierigkeiten ein.“ (Oberrealschule mit Reformrealgymnasium i. E., Neuh.)

„Viel Unruhe, Ärger und Störung verursachte die überaus starke Inanspruchnahme des Schulhauses durch Vereine. Besonders flagten Schülerinnen, Lehrpersonen und Eltern sowie der Hausmeister selbst über die Unmöglichkeit, namentlich die Turnhalle ordnungsmäßig sauber zu halten. Alle Vorstellungen der Schulleitung und des Elternbeirates beim Magistrat blieben erfolglos.“ (Städt. Lyzeum und Oberlyzeum, Kölberg.)

„Die übermäßige Benutzung des Schulgebäudes durch die Ohligser Volkshochschule, die Ohligser Berufsschulen, die Ohligser Volksschulen und ihre Lehrerschaft, das Konservatorium der Musik, durch politische, religiöse, wirtschaftliche, gemeinnützige, allgemeinbildende und Sportverbände, durch Turn- und Gesangvereine hat im Schuljahr 1921/22 noch zugenommen.“ (Städtisches Lyzeum, Ohligs.)

Das Luisenstädtische Gymnasium in Berlin berichtet von den besonderen Veranstaltungen in seiner Aula, „soweit sie uns bei ihrer überaus starken Benutzung durch Fremde aller Art ihre Pforten überhaupt noch öffnet.“ In der Oberrealschule in Eisleben war die Übungsschule des Lehrerseminars untergebracht, da dieses mit Schutzpolizei belegt war; das städtische Realgymnasium in Wiesbaden hatte 12 Unterrichtsräume an die Gutenberg-Knabenschule (Volksschule) abgegeben; das Goethe-Gymnasium in Frankfurt a. M. wurde vom 21. bis 30. September als Messelokal benutzt, und der Gemeinde Langendreer dient die Turnhalle des dortigen Realgymnasiums als Mehllager.

Die politischen Verhältnisse haben mehrfach eine unvorhergesehene Mitbenutzung der Schulräume im Gefolge gehabt, die zugleich in der Regel eine mehr oder minder schwere Störung des Unterrichts bedeutete. So war während des Eisenbahnerstreiks im Februar 1922 im Französischen Gymnasium zu Berlin ein Teil der Technischen Nothilfe einquartiert, so daß der Unterricht zehn Tage lang ausfallen mußte. Gelegentlich der mitteldeutschen Unruhen waren alle Räume der Oberrealschule in Delitzsch vom 30. März bis 4. April 1921 mit Reichswehr belegt; beim Realgymnasium und dem Lyzeum in Naumburg konnte aus dem gleichen Anlaß das Schuljahr erst am 12. April beginnen, da bayerische Reichswehr in den Gebäuden untergebracht war.

„Der Märzputsch in Mitteldeutschland, der in den Osterferien 1921 besonders heftig sich in Eisleben austobte, verursachte eine Verspätung des Schulbeginns um 8 Tage. Der Unterricht begann auf Antrag des hiesigen Magistrats mit Genehmigung des Provinzial-Schulkollegiums erst am 12. April. Es ist als ein Glücksumstand zu bezeichnen, daß weder Schüler noch Lehrer noch Gebäude der Schule in der blutigen und zerstörungsreichen Eisleber Osterwoche Schaden erlitten haben.“ (Städtische Oberrealschule, Eisleben.)

Auch in der Klosterschule zu Nohleben konnte der Unterricht erst am 12. April aufgenommen werden.

In vielen Schulen Schlesiens begann das Schuljahr erst am 15. April; das König Wilhelms-Gymnasium in Breslau hatte Klassenräume für oberschlesische Flüchtlinge zur Verfügung gestellt, und da die Turnhalle fast zwei Monate lang der Aufnahme von Flüchtlingen diente, konnte während dieser Zeit kein Unterricht darin erteilt werden. Am Gymnasium zu Brieg begann „wegen Inanspruchnahme der Schüler und Lehrer durch den Helferdienst bei Durchführung der Transporte zur Abstimmung in Oberschlesien“ das Schuljahr gleichfalls erst am 15. April. Das Gymnasium in Groß-Strehlitz war mit Besatzungstruppen belegt, daher mußten sechs Klassen im Volksschulgebäude untergebracht werden. Im Westen war u. a. die Realschule in Barmen bis Oktober 1921 mit einer Hundertschaft der Schutzpolizei belegt.

Abgesehen von diesen örtlichen Störungen wurde der Unterricht ganz allgemein durch die verschiedensten Umstände beeinträchtigt. Die Wirkungen des Eisenbahnerstreiks machten sich überall bemerkbar; Schulen, die viele auswärtige Schüler hatten, mußten geschlossen werden. Um Weihnachten 1921 brach eine Grippe-Epidemie aus, die die meisten Provinzen heimsuchte und vielfach eine Verlängerung der Ferien erforderlich machte; in Frankfurt a. M., Köln, Hildesheim usw. konnte der Unterricht erst am 16. oder 17. Januar wieder beginnen. Von Weihnachten ab machte sich überall starker Kohlenmangel geltend; die Folge davon war, daß an zahlreichen Schulen der Unterricht auf Stunden, Tage, sogar Wochen ausgesetzt werden mußte; unter welchen Schwierigkeiten an manchen Schulen der Unterricht fortgeführt wurde, zeigt der Bericht der städtischen Oberrealschule in Heide i. S.:

„Eine schmerzliche Unterbrechung des Unterrichts brachte die letzte Januarwoche, indem die Schule wegen völligen Kohlemangels geschlossen werden mußte. Diese unfreiwillige Ferienzeit, während deren das Lehrerkollegium sich, wie in der Kriegszeit gelegentlich, auf eine zweimal wöchentliche Aufgabenteilung und -durchsicht beschränken mußte, wurde durch den bald darauf einsetzenden Eisenbahnerstreik, der ein

heranschaffen neuer Kohlevorräte unmöglich mache, noch verlängert. Glücklicherweise gelang es dank dem Entgegenkommen der Westholsteinischen Bank, die ihren Sitzungssaal zur Verfügung stellte, die schriftliche Reifeprüfung der Abiturienten durchzuführen, auch fand sich nachher eine Gelegenheit, den weiteren Unterricht für die O I abzuhalten, da das Landesamt uns das Zimmer des Kreisausschusses hierfür überließ. Nach dreiwöchentlicher Pause fand dann eine teilweise Wiederaufnahme des Unterrichts statt, indem sämtliche vier Schulen der Stadt abwechselnd das Gebäude der Mädchenbürgerschule benutzen konnten, so daß für jede Anstalt, da morgens und nachmittags unterrichtet wurde, drei Unterrichtstage herauskamen. Für die U I kam des weiteren der Rathaussaal zur Geltung, während die O II sich ein Zimmer in einem früheren Schulhause in der Norderstraße mit anderen Schulen teilen mußte. Somit konnten die letzteren beiden Klassen täglich unterrichtet werden. Ein Notbehelf das Ganze, aber immerhin besser als nichts. Die mündliche Reifeprüfung ward am 1. März im Landesamt abgehalten.“

Auf die fast bei jeder Schule zu beobachtenden Störungen weist der Bericht der Königstädtischen Oberrealschule in Berlin hin:

„Abgesehen von längeren Vertretungen, die durch besondere Hilfskräfte geleistet wurden, mußte das Kollegium während des ganzen Jahres ziemlich stark noch zu anderen herangezogen werden, da einmal der Gesundheitszustand — besonders bei den jüngeren Herren — nicht besonders günstig war, dann aber auch durch Verkehrsstörungen, Streiks, Sitzungen in Steuerdeputationen, als Geschworener oder in Synoden die Herren vom Schuldienst zurückgehalten wurden. Jedenfalls sind diese Unregelmäßigkeiten des Schulbetriebes jetzt viel stärker als früher, und sie können sich durch ihren Einfluß auf Lehrer und Schüler zu einer ernsten Schädigung auswachsen.“

Ganz besonders schwierig gestaltete sich jedoch die Lage in den besetzten Gebieten im Osten und im Westen des preußischen Staates. Hier nahmen die Störungen in manchen Gegenden und zu manchen Zeiten dermaßen überhand, daß von einem geordneten Schulbetrieb eigentlich kaum noch gesprochen werden konnte. Aber trotz der unglaublichen Schwierigkeiten, mit denen die Schulen zu kämpfen hatten, kamen die höheren Lehranstalten in jenen Gebieten nicht zum Erliegen, ja, sie haben es sogar fertig gebracht, im großen und ganzen die vorgeschriebenen Ziele zu erreichen und die Freude an wissenschaftlicher Arbeit zu wecken und zu pflegen. Die folgenden Auszüge aus den Jahresberichten reden eine deutliche Sprache; sie seien hier abgedruckt als Belege dafür, wie schwer es den höheren Lehranstalten gemacht worden ist, ihrer friedlichen Betätigung nachzugehen und ihren auf die Schulung des Geistes gerichteten Aufgaben gerecht zu werden.

a) *Oberschlesien.*

„Das einschneidendste Ereignis des Schuljahres war die gänzliche Beschlagnahme des Klassengebäudes der Anstalt zur Unterbringung einer Hundertschaft der Abstimmungspolizei, für welche auf Befehl der Interalliierten Kommission in der Stadt Räume freigemacht werden mußten. Auf Vorschlag der Städtischen Behörde wurde trotz der dringendsten Gegenvorstellungen des Anstaltsleiters das erste und zweite Stockwerk, sowie die Turnhalle des Gymnasiums dazu ausersehen, während der Stab der Interalliierten Polizei, wie schon seit Februar 1921, im Erdgeschoß der Anstalt verbleibt. Das Gymnasium muß also seitdem wiederum wie in den Kriegsjahren (August 1915 — August 1918) in den Räumen der Städtischen Oberrealschule gastweise mit 15 % Unterrichtsausfall unterrichten und an drei Tagen Nachmittagsunterricht in Kauf nehmen. Am schwersten leiden unter dieser Unterrichtsordnung die 80 (seit Ostern weit über 100) Fahrschüler der Anstalt, die fast sämtlich Stunden oder Stundenteile versäumen und trotzdem noch lange Zeit unnütz in Oppeln herumliegen müssen, dabei teilweise erst in später Nacht ihr Elternhaus wieder erreichen. Besonders betrüblich ist die daraus sich ergebende sittliche Gefährdung dieser Schüler.“

„Ende Mai belegte die englische Besatzung einige Räume des Lyzeums. Der Unterrichtsbetrieb konnte mit einigen Einschränkungen aufrecht erhalten werden. Am 5. Juni erfolgte plötzlich der Befehl, daß das ganze Anstaltsgebäude binnen 24 Stunden zu räumen sei. Nur zwei Zimmer wurden zur Unterbringung der Sammlungen freigegeben. Da mir zunächst in Aussicht gestellt wurde, daß die Beschlagnahme der Schule nur für kurze Zeit erfolge, ordnete ich einen Freiluftunterricht an, zu dem mir die Stadt*) zehn schattige Plätze auf der Bolkoinsel zur Verfügung stellte. Die Plätze waren größtenteils mit Bänken versehen. Leider trat bald darauf eine Regenperiode ein, die diesen Unterricht sehr störte.

*) Oppeln.